

ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 24. Februar 2024

*Antragsteller*in: David Baltzer*

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge und Diskussion

A3: Frieden und Freiheit für Israel und Palästina

Antragstext

1 Der nachfolgende Text bezieht sich u.a. maßgeblich auf den BDK-Beschluss von
2 Karlsruhe und unterstützt dessen Forderungen.

3 Das Recht Israels zur Selbstverteidigung

4 Der Anschlag des 7. Oktobers war der blutigste Angriff auf Jüdinnen und Juden
5 seit Gründung des Staates Israel. Solidarität mit Israel, dem Land, das
6 gegründet wurde, um jüdischen Menschen Schutz zu bieten, ist die Grundhaltung
7 und seine Sicherheit Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland und ein
8 Eckpfeiler seiner Außenpolitik. Die dauerhafte Verantwortung des deutschen
9 Staates für die ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands
10 begründet diese Entscheidung.

11 Wir verurteilen den fortgesetzten Missbrauch der palästinensischen Bevölkerung
12 als menschliche Schutzschilde durch die Hamas. Auch fordern wir die Hamas auf
13 den Beschuss Israels sofort und bedingungslos einzustellen.

14 Wir verurteilen auch die Angriffe der Hisbollah auf Israel, der Huthis auf
15 Schiffe im Roten Meer und deren Unterstützung durch das israelfeindliche
16 iranische Regime. Wir fordern mit Nachdruck eine Einstufung der iranischen
17 Revolutionsgarden als Terrororganisation durch die EU.

18 Israel hat wie jeder Staat das „naturegegebene Recht zur individuellen oder
19 kollektiven Selbstverteidigung“ (Charta der Vereinten Nationen, Artikel 51).
20 Dieses Recht kann und soll Israel wahrnehmen, um alle Menschen auf seinem
21 Staatsgebiet vor Terror zu schützen. Der Gegenangriff auf Gaza nach dem 7.
22 Oktober ist prinzipiell gerechtfertigt und das Kriegsziel, der Hamas für
23 möglichst lange Zeit die Möglichkeit zu solchen mörderischen Angriffen zu
24 nehmen, ist legitim.

25 Israels Verpflichtungen im Krieg

26 Israel muss sich dabei zugleich an das Völkerrecht im Kriege halten. Die
27 Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Vermeidung ziviler Opfer und der Führung
28 eines Krieges mit der Aussicht auf künftigen Frieden müssen dabei leitend sein.
29 Der Schutz ganz besonders von Kindern ist zentrale Verpflichtung. Die
30 Sicherheitsrats-Resolution 2712 vom 15. 11.23 fordert das ein. Israel soll sie
31 unverzüglich, konsequent und dauerhaft umsetzen, genauso die Entscheidung des
32 Internationalen Gerichtshofs vom 26.1.24 und mindestens für eine dichte Folge
33 vollständiger, längerer Feuerpausen sorgen. Es müssen endlich genügend sauberes
34 Wasser, Nahrung, Medikamente, Strom und Treibstoff und alle übrigen
35 lebensnotwendigen Hilfsgüter alle Notleidenden in Gaza erreichen. Gaza benötigt
36 eine funktionsfähige medizinische Infrastruktur, die größer sein müsste, als vor
37 dem 7.10.23, da die Behandlung der Kriegsfolgen mitzudenken ist. Es müssen also
38 nicht nur die bisher zerstörten Krankenhäuser wiederaufgebaut und geschützt
39 werden, sondern zusätzliche errichtet werden. Alle medizinischen Einrichtungen,
40 die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, Bildungseinrichtungen und Einrichtungen
41 der UN(Vereinten Nationen) und helfender NROs (Nichtregierungsorganisationen)
42 müssen uneingeschränkt vor weiterer Zerstörung geschützt, repariert und
43 funktionsfähig erhalten werden.
44 Die Strategie des israelischen Militärs hat inzwischen große Teile der
45 Bevölkerung Gazas zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht. Zu fortgesetzten
46 Verunsicherungen führen die ständig wechselnden Schauplätze der Militäreinsätze.
47 Bis zu 70 % der Häuser sind inzwischen zerstört.

48 **Hilfe für die Menschen in Gaza ist unverzichtbar!**

49 Dieser Krieg ist für Gaza eine humanitäre Katastrophe, die palästinensische
50 Zivilbevölkerung leidet sehr. Zehntausende Zivilist*innen sind an den Folgen des
51 israelischen Militäreinsatzes gestorben. Unter den Opfern sind auch
52 Medienschaffende (bisher ca 80 Tote). Ein Großteil der Bevölkerung ist
53 obdachlos. Sie besitzen nur noch das, was sie tragen konnten. Ihre Zahl steigt
54 Tag für Tag, Stunde für Stunde. Hunderttausende haben Familienmitglieder
55 verloren, sind auf der Flucht und befinden sich in Lebensgefahr.
56 Dieses Leiden macht uns tief betroffen. Wir trauern um alle Unschuldigen. Wir
57 danken allen, die unter schwierigsten Umständen und ihr eigenes Leben riskierend
58 Menschen in Not mit dem Nötigsten versorgen.

59 **Kriegsziel: Völlige Vernichtung der Hamas**

60 Die ersten 100 Tage Krieg haben gezeigt, dass Netanjahu das Kriegsziel, "die
61 Hamas vollständig zu zerstören" nicht erreichen kann. Es droht ein Krieg auf
62 unabsehbare Zeit. Selbst wenn an seinem Ende Tod oder Gefangennahme aller
63 Kämpfer der Hamas und die Zerstörung sämtlicher militärischer Anlagen der Hamas
64 stände: die Hamas-Führung wäre im sicheren Katar, ihr Renommee als

65 Widerstandskämpfer bliebe bestehen. Fortgesetzte Gewalt würde es der Hamas
66 leicht machen weitere Kämpfer zu werben, besonders unter den Opfern des jetzige
67 Krieges.

68 Dies würde nicht nur das Leben der Geiseln gefährden, sondern verringert die
69 ohnehin geringen Aussichten auf einen lang anhaltenden Frieden. Eine weitere
70 Zerstörung der sozialen, politischen, kulturellen und ökonomischen Infrastruktur
71 des Gazastreifens würde dieses Gebiet auf Dauer unbewohnbar und unregierbar
72 machen. Die Flutung der Tunnel unter Gaza mit Meerwasser verunreinigen das
73 Grundwasser und bedrohen damit die Wiederbesiedelung. Eine erneute militärische
74 Besatzung des Gazastreifens oder eine dauerhafte militärische Kontrolle durch
75 das israelische Militär aber, wie sie der israelische Ministerpräsident
76 Netanjahu andeutet, würde nicht zu dauerhafter Sicherheit und Frieden, sondern
77 zu anhaltenden Aufständen führen.

78 **Wege aus der Gewaltspirale**

79 Stattdessen braucht es anhaltende Waffenruhen oder einen Waffenstillstand, die
80 von allen Konfliktparteien einzuhalten sind, und politische Perspektiven, die
81 auf eine Beendigung des Konflikts zielen. Angesichts des gegenwärtig fehlenden
82 politischen Willens auf israelischer und palästinensischer Seite für eine
83 dauerhafte Friedenslösung ist jedoch eine aktive Rolle internationaler Akteure
84 notwendig, um einen internationalen Prozess mit klarer Zielsetzung unter
85 regionaler Beteiligung zu organisieren, an dessen Ende die Gründung eines
86 palästinensischen Staates neben Israel stehen müsste. Dieser Prozess muss aus
87 den Fehlern des Oslo-Prozesses lernen: die Zweistaatenregelung ist/wäre das
88 Ziel. Eine politische Regelung müsste auch das Westjordanland und Ostjerusalem
89 miteinschließen sowie den Wiederaufbau des Gazastreifens umfassen.

90 **Notwendige Reaktionen**

91 Wir lehnen alle völkerrechtswidrigen Maßnahmen ab, besonders den immer weiter
92 fortschreitenden Siedlungsbau und jeden Versuch, besetzte Gebiete zu
93 annektieren. Wir beklagen die Verletzung des humanitären Völkerrechts, die
94 eskalierende Gewalt, zunehmende Drohungen, Diskriminierungen und Entrechtungen.
95 Wir wollen weiterhin mit allen Kräften in Israel und Palästina solidarisch
96 zusammenarbeiten, die sich gewaltfrei für die Einhaltung der Menschenrechte,
97 gegen eine Spaltung der israelischen Gesellschaft, gegen die anhaltende
98 Unterdrückung in der palästinensischen Gesellschaft, gegen eine Fortdauer der
99 Besatzung und für einen gerechten und dauerhaften Frieden einsetzen.
100 Als mit Israel solidarische, für die Politik der Bundesrepublik Deutschland mit
101 verantwortliche Menschen sorgen wir uns um Israel, um seinen inneren
102 Zusammenhalt und um seine Position in der Weltgemeinschaft. Schwindender
103 Rückhalt in westlichen Ländern, wachsende Distanz und Ablehnung in Ländern des

104 Globalen Südens gefährden Israels Ansehen und Handlungsmöglichkeiten.
105 Bündnisgrüne Solidarität mit Israel bedeutet Solidarität mit den Menschen in
106 Israel und den Schutz eines lebendigen demokratischen Israels. Der drohende
107 Abbau demokratischer Rechte und Strukturen sowie rassistischen Bestrebungen in
108 Teilen der Regierung müssen uns veranlassen unsere uneingeschränkte
109 Unterstützung der israelischen Regierung zu hinterfragen. Wir haben in den
110 vergangenen Jahren zu wenig getan, um eine produktive Lösung des Konfliktes
111 zwischen Israel und den Palästinensern voranzutreiben. Finanz- und Militärhilfen
112 für Israel müssen deshalb stetig überprüft werden. Wir begrüßen die bisherige
113 Haltung der Bundesregierung und billigen ausdrücklich auch die deutsche
114 Enthaltung zur Resolution A/ES-10/L.25 „Protection of civilians and upholding
115 legal and humanitarian obligations“ der Generalversammlung am 27. Oktober 23.

116 **Frieden durch Einsatz der Vereinten Nationen**

117 Wir warnen vor der Illusion, Frieden lasse sich beiden Konfliktparteien
118 diktieren. Nur die aktive Zustimmung beider Seiten macht einen Friedensschluss
119 dauerhaft.

120 Militärische Maßnahmen sind auf Dauer immer kontraproduktiv. Für den Fall, dass
121 die israelische Regierung sich weiterhin weigert, das kriegsvölkerrechtlich
122 Gebotene zu tun, das Leben und die Gesundheit der nicht kämpfenden Gaza-
123 Bewohner*innen wirksam zu schützen, muss von aussen reagiert werden. Es ist dann
124 zu prüfen, den Abzug der israelischen Truppen aus Gaza zu fordern und die VN
125 nach Kapitel VII aufzufordern Blauhelmtruppen mit robustem Mandat zu entsenden,
126 mit dem Auftrag, die Hamas und den Islamischen Dschihad im Gazastreifen
127 vollständig zu entwaffnen und ihre Tunnelbauten und sonstigen militärischen
128 Anlagen zu zerstören. Weder eine direkte Herrschaft Israels noch die
129 Machtübernahme der Palästinensischen Autonomiebehörde, die in ihrem
130 gegenwärtigen Zustand dafür weder qualifiziert noch legitimiert ist, würde den
131 Menschen in Gaza helfen. Ob ein Verbund arabischer Nachbarstaaten, die alle mehr
132 oder weniger autoritär regiert werden, hilfreich wäre, ist zum jetzigen
133 Zeitpunkt unklar.

134 **Was wirklich Frieden und Freiheit schaffen kann:**

135 **1. Verwaltung durch die UN**

136 Die Nachkriegs-Verwaltung des Gaza-Streifens soll direkt durch die Vereinten
137 Nationen erfolgen. Die VN allein haben die Autorität, im Namen der
138 Weltgemeinschaft das Leben im Gazastreifen solange zu regeln, bis die
139 Palästinenser*innen dies als freie Bürger*innen eines souveränen Staates selbst
140 tun können. VN-Friedenstruppen mit robustem Mandat sowie von den Vereinten
141 Nationen entsandte Richter*innen, Staatsanwält*innen, Polizist*innen sowie
142 Zivilverwaltende sollen die friedliche Entwicklung des Gazastreifens hin zu

143 einer freiheitlichen Demokratie sichern und fördern. Innerhalb des Gazastreifens
144 sollen sie die alleinige Kontrolle haben, dies auch über den Flug- und Seehafen,
145 Luftraum und Hoheitsgewässer.
146 Die Friedenstruppen müssen von Staaten und Staatengruppen gestellt werden, deren
147 politisches Gewicht potentiellen Angreifer*innen hoch genug ist, um vor etwaigen
148 Angriffen abzuschrecken.

149 **2. Ausgleich zwischen Israel und Palästina**

150 Jede weitsichtige und konsequente pro-israelische Politik ist gleichzeitig pro-
151 palästinensisch - und umgekehrt. Beides steht einander nicht entgegen, sondern
152 bedingt einander.

153 Wir wollen menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle Menschen im Nahen Osten.
154 Wir sehen die Probleme, die die Anzahl der als rückkehrberechtigt geltenden
155 Flüchtlinge seit der Nakba aufwirft. Es muss auch über eine Auflösung der großen
156 Flüchtlingslager und eine Integration der dort Lebenden in die Nachbarländer
157 verhandelt werden.

158 Der Staat Israel und alle seine Bürger*innen sollen in Freiheit und Sicherheit
159 leben, seine Existenz und seine Grenzen sollen weltweit anerkannt werden. Wir
160 verstehen die Sorge Israels, dass das Land als Ort jüdischer Identität gefährdet
161 sein könnte, wenn der palästinensische Bevölkerungsanteil zunehmend wächst. Ein
162 souveräner, lebensfähiger und demokratischer Staat Palästina soll auf der
163 Grundlage der Grenzen von 1967 entstehen und in die Vereinten Nationen
164 aufgenommen werden. Wir sind aber auch offen für jede andere Friedenslösung, die
165 die israelische und die palästinensische Seite nach freiem Willen miteinander
166 vereinbaren, wie zum Beispiel das Zusammenleben in einer Konföderation. In jedem
167 Fall sollen sich alle Israelis und alle Palästinenser*innen als
168 gleichberechtigte Bürger*innen einer oder mehrerer freiheitlicher Demokratien
169 mit gesicherter Rechtsstaatlichkeit wiederfinden.

170 **3. Die Rolle Deutschlands und der EU**

171 Deutschland ist mehr als jeder andere Staat verpflichtet, Frieden zwischen
172 Israel und Palästina zu fördern. Die deutsche Politik hat allerdings in den
173 letzten Jahren zu wenig ihren Einfluss geltend gemacht um die Zweistaatenlösung
174 substantiell voranzubringen.

175 Die EU und die anderen Staaten der westlichen Wertegemeinschaft sind gefordert,
176 diese notwendige und unumgängliche mit einem großzügig angelegten
177 Wirtschaftsförderungsprogramm für die gesamte Region, also auch für die
178 Nachbarstaaten, unterstützen. Gleiches erhoffen wir uns von den arabischen
179 Staaten. Jeder hier investierte Euro wird sich durch den dadurch gewährleisteten
180 Frieden mehrfach rechnen und als Gewinn in die Förderländer zurückfließen.

Begründung

Antragsbegründung

Dieser Antrag baut auf unseren Grundsatzbeschlüssen "Grundlinien Grüner Nahostpolitik – Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina" (BDK Freiburg, 19.-21. 11. 2010, <https://wolke.netzbegrueung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F2010-11-Freiburg&openfile=28918805>) und "Jetzt einen Staat Palästina auf den Weg bringen – Palästina in den VN unterstützen" (BDK Kiel 25.-27. 11. 2011, <https://wolke.netzbegrueung.de/s/5JacEQFKG2k4rrA?dir=undefined&path=%2F2011-11-Kiel&openfile=28918844>) , dem Bundesvorstandsbeschluss vom 1./2. 9. 2015 "Zwischen Umbruch in der arabischen Welt und Rückschritten im palästinensisch-israelischen Friedensprozess – Wie weiter in der deutschen Nahostpolitik?" (https://cms.gruene.de/uploads/documents/20150909_Beschluss_BuVo_Nahost_FINAL.pdf -), unseren Zusagen in den Programmen von 2020 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200125_Grundsatzprogramm.pdf , S.54), 2021 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm_DIE_GRUENEN_Bundestagswahl_-2021.pdf , S. 232) und 2024 (https://cms.gruene.de/uploads/documents/EP-FR-01_C_Was_Frieden_schuetzt.pdf ,S.22f.) und dem Beschluss „Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror" (BDK Karlsruhe, 23.-26.11. 2023, <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Dringlichkeit-Solidaritaet-mit-Israel-Beschluss-BDK-11-2023.pdf>) auf und entfaltet diese Positionen für die nun gegebene Lage.

Die Bundesregierung soll sich zusammen mit europäischen und internationalen Partnern für eine dauerhafte Waffenruhe aller Seiten einsetzen, um den oben skizzierten politischen Prozess zu ermöglichen. Die Befreiung der Geiseln bleibt dringliche Aufgabe deutscher Politik. Zugleich rufen wir die Bundesregierung dazu auf, die Einhaltung internationalen Rechts einzufordern und allen Forderungen nach einer Vertreibung oder Wiederbesetzung eine klare Absage zu erteilen.

Antrag gestellt von KW Koch und David Baltzer